



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
Sitzung des Bauausschusses
am Montag, 07.03.2016

Ort: Foyer der Bauverwaltung, Mühlendamm 12, Lübeck
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 18:50 Uhr

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Christopher Lötsch- CDU

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Dirk Freitag- CDU
Carl-Wilhelm Howe- grün+alternativ+links (GAL)
Ulrich Pluschkell- SPD
Harald Quirder- SPD

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Dr. Ulrich Brock- CDU	
Ute Friedrichsen- SPD	
Roswitha Kasse- CDU	
Oliver Prieur- CDU	Vertretung für: Herrn Dr. Eymer, Burkhart
Arne-Matz Ramcke- Bü90/DIEGRÜNEN	
Dieter Rosenbohm- BfL	
Michael Rostkowski- SPD	Vertretung für: Frau Metzner, Kerstin
Mirko Schultz- FDP	Vertretung für: Herrn Nemitz, Björn
Detlev Stolzenberg- Die PARTEI-PIRATEN	
Tim Stüttgen- DIE LINKE	Vertretung für: Frau Jansen, Antje

Verwaltung

Senator Franz-Peter Boden- FB 5 - Planen und Bauen
Dennis Bunk- GMHL

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Allgemeiner Teil
 - 1.1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.2. Anträge und Beschlussfassung zur Tagesordnung
 - 1.3. Niederschriften, öffentlich vom 15.02.2016
2. Satzungen / Widmungen / Veränderungssperren
 - 2.1. Bebauungsplan 24.08.00 – Friedhofsallee / Ehemalige Stadtgärtnerei – und zugehörige 126. Änderung des Flächennutzungsplans für den Teilbereich Ehemalige Stadtgärtnerei
Aufstellungsbeschlüsse (5.610.2)
Vorlage: VO/2016/03341
3. Sonstige Beschlussvorlagen
 - 3.1. Instandsetzung von Straßen durch das DSK-Verfahren in der Hansestadt Lübeck 2016 (5.660)
Vorlage: VO/2016/03392
 - 3.2. Grundhafte Sanierung der K20 "Travemünder Landstraße" in der Hansestadt Lübeck (5.660)
Vorlage: VO/2016/03395
4. Mitteilungen und Berichte
 - 4.1. Mitteilungen des Vorsitzenden
 - 4.2. Sonstige Mitteilungen und Berichte
 - 4.2.1. Mündliche Mitteilung (5.651):
Bauunterhaltung Mittelverwendung 2016 / Schultoilettensanierung
 - 4.2.2. Mündliche Mitteilung / Bericht (5.660):
Infrastrukturbaumaßnahmen 2016
 - 4.2.3. Mündliche Mitteilung (5.660):
Klimabäume
 - 4.2.4. Mündlicher Bericht (5.660):
Aktueller Stand - Baumaßnahmen Possehlbrücke

- 4.2.5. Mündliche Mitteilung (FBL):
Sachstand Vermarktung Gründungsviertel
- 4.2.6. Mündliche Mitteilung (5.691):
Beginn der Ausschreibung - Hafenmeisterhaus am Passathafen
- 4.3. Berichte über Verlauf und Ergebnis von Öffentlichkeitsbeteiligungen
- 4.4. Eilentscheidungen des Bürgermeisters
- 5. Anfragen, Anregungen, Anträge und Verschiedenes
 - 5.1. Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen
 - 5.2. Neue Anfragen
 - 5.3. Anträge
 - 5.3.1. Unterkünfte für Geflüchtete bei allen Wohnungsbauvorhaben einplanen
Überweisungsauftrag aus der Sitzung der Bürgerschaft am 28.01.2016 - Antrag
Bündnis90/Die Grünen (VO/2015/03176)
Vorlage: VO/2016/03429
 - 5.3.2. Luxusbau stoppen - sozialen Wohnungsbau anfangen
Überweisungsauftrag aus der Sitzung der Bürgerschaft am 28.01.2016 - Antrag der
Fraktion Die LINKE (VO/2016/033369)
Vorlage: VO/2016/03430
- 11. Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Allgemeiner Teil

TOP 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Ferner weist der Vorsitzende darauf hin, dass seitens der Protokollführung Tonaufzeichnungen vorgenommen werden, die nur der Protokollerstellung dienen.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 1.2 Anträge und Beschlussfassung zur Tagesordnung

Die Verwaltung bittet um Aufnahme der folgenden TOP:

Öffentlicher Teil:

- 4.2.3 Mündliche Mitteilung (5.660):
Klimabäume
- 4.2.4 Mündlicher Bericht (5.660):
Aktueller Stand – Baumaßnahmen Possehlbrücke
- 4.2.5 Mündliche Mitteilung (FBL):
Aktueller Sachstand – Vermarktung Gründungsquartier
- 4.2.6 Mündliche Mitteilung (5.691):
Beginn der Ausschreibung (Hafenmeisterhaus am
Passathafen)

Nichtöffentlicher Teil:

- 9.1. Beginn der Ausschreibung von Dienstleistungen über
175.000 EUR
Unterhaltsreinigung der Gebäudeinnenflächen, Gewerk:
Gebäudereinigung

VO/2016/03454

Der Bauausschuss beschließt die Tagesordnung mit den Änderungen unter Anerkennung der gegebenen Dringlichkeit der Vorlagen und Berichte sowie die nicht öffentliche

Behandlung der hierfür vorgesehenen TOP - wie vorab besprochen einstimmig.

TOP 1.3 Niederschriften, öffentlich vom 15.02.2016

Herr Quirder spricht den TOP 2.2 auf der Seite 10/34 an. Hier habe er im drittletzten Absatz gesagt, dass seiner Meinung nach die **Variante A** aus städtebaulicher Sicht die beste Lösung sei.

*Der Bauausschuss beschließt die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom **15.02.2016** unter Maßgabe der vorgenannten Änderungen einstimmig.*

TOP 2 Satzungen / Widmungen / Veränderungssperren

TOP 2.1 **Bebauungsplan 24.08.00 – Friedhofsallee / Ehemalige Stadtgärtnerei – und zugehörige 126. Änderung des Flächennutzungsplans für den Teilbereich Ehemalige Stadtgärtnerei Aufstellungsbeschlüsse (5.610.2) Vorlage: VO/2016/03341**

Herr Ramcke möchte wissen, wo die Ausgleichsfläche für das im B-Plan zu überbauende Landschaftsschutzgebiet (LSG) entstehen solle.

Frau Biermann erläutert, dass dies noch nicht entschieden wurde. Im Rahmen der Änderung der LSG-Stadtverordnung sei das Schutzgebiet an anderer Stelle zu erweitern oder an anderer Stelle aufzuwerten.

Herr Howe kann sich nicht vorstellen, dass der Fachbereich 3 einem B-Plan zustimmen werde, wenn es noch keine Festlegung von ortsnahen Ausgleichsflächen gäbe. Seiner Meinung nach seien in der unmittelbaren Umgebung des Plangebietes wenige bis gar keine solcher Flächen vorhanden, auch schon im Hinblick auf einen möglichen zweiten bzw. dritten Bauabschnitt.

Herr Howe stellt folgenden Antrag:

„In der Zukunft sind in den B-Plänen die Flächen der Naturschutzgebiete und der Landschaftsschutzgebiete einzuzeichnen bzw. zu markieren“.

Herr Senator Boden verweist auf die Beschlüsse zu „Lübeck 2030“, in denen dieses Gebiet in der Priorität 1 eingestuft sei und auch eine schnelle Umsetzung gefordert wurde. Selbstverständlich werde im weiteren Verfahren die Entlassung aus dem LSG und die Herstellung einer Ausgleichsfläche durchgeführt, ergänzt Herr Senator Boden. Hier stehe heute lediglich der Aufstellungsbeschluss zur Entscheidung an.

Frau Biermann weist darauf hin, dass die Änderung des LSG parallel zu den weiteren Bauleitplanverfahren durchgeführt werden solle und erläutert anhand einer Skizze das zu überplanende Schutzgebiet.

Herr Howe führt aus, dass er die langjährige Erfahrung gemacht habe, dass Ausgleichsflächen für Baugebiete vor rund 10 Jahren festgelegt wurden, aber deren Umsetzung bis heute nicht stattgefunden habe. Daher würde er im Voraus gerne wissen, wo diese Flächen geplant seien.

Herr Lötsch erinnert, dass der Aufstellungsbeschluss erst der Anfang des gesamten B-Planverfahrens sei.

Frau Biermann erklärt ergänzend, dass das Verfahren bezüglich des LSG nicht von der Stadtplanung, sondern von der Unteren Naturschutzbehörde durchgeführt werde.

Frau Friedrichsen möchte wissen, ob der in der Spiegelstrichaufzählung unter Punkt 4 der Begründung (Ziele und Zwecke der Planung) – Seite 7 von 8 – genannte Begriff „Berücksichtigung“ auch durch den Begriff „Erhalt“ ergänzt oder erweitert werden könne.

Frau Biermann führt aus, dass als erstes der Bestand aufgenommen werde und man dann prüfen müsse, was berücksichtigt werden könne.

Herr Stolzenberg sieht es auch als sinnvoll an die Flächen der Schutzgebiete im B-Plan von Anfang an zu markieren. Weiterhin möchte er bezüglich der Wegverbindung im Norden / Nordwesten des Gebietes wissen, ob in der Richtung auch eine weitere Entwicklung geplant sei.

Frau Biermann erläutert, dass es sich um eine erste städtebauliche Entwurfsskizze handele. Ziel sei es, eine gute fußläufige Wegevernetzung mit dem Umfeld zu schaffen, die Lage der Anknüpfungspunkte stehe aber noch nicht abschließend fest. Die Verbindung nach Nordwesten sei aber in jedem Fall nur fußläufig, eine Erweiterung des Plangebietes in diese Richtung sei nicht vorgesehen.

Herr Stüttgen stellt fest, dass das gesamte Gebiet, auch auf der gegenüberliegenden Seite der Friedhofsallee, kein festgelegter Stadtteil, sondern eher ein Siedlungsbereich sei. Er regt daher an, auch die Bebauung direkt an der Friedhofsallee im weiteren Verfahren einer anderen Nutzung zuzuordnen.

Frau Biermann erklärt, dass es das Ziel sei, eine Nachverdichtung der rückwärtigen Flächen der Bebauung an der Friedhofsallee in diesem Bereich zu realisieren. Der Charakter der Bebauung an der Friedhofsallee solle aber gewahrt bleiben.

Herr Quirder sieht es als positiv, dass der Bürgerschaftsbeschluss einer 30%-igen Bebauung mit sozialem Wohnungsbau hier unmittelbar umgesetzt werden solle.

Bezüglich der Anregungen von Herr Stüttgen äußert sich Herr Quirder dahingehend, dass die Friedhofsallee einen Siedlungscharakter habe und dieses Bild nicht durch andere Nutzungen zerstört werden solle.

Herr Stolzenberg möchte wissen, ob es Planungen gäbe, den Lärmschutzwall zur Autobahn zu verändern / verbessern.

Frau Biermann erläutert, dass ein Schallschutzgutachten zu erstellen sei und man darauf im Plangebiet reagieren werde.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag von Herrn Howe abstimmen (**„In der Zukunft sind in den B-Plänen die Flächen der Naturschutzgebiete und der Landschaftsschutzgebiete einzuzeichnen bzw. zu markieren“**).

Abstimmungsergebnis:

Für den Antrag von Herrn Howe: 15 Stimmen

Der Bauausschuss beschließt den Antrag von Herrn Howe einstimmig.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für die Vorlage: 14 Stimmen
Gegen die Vorlage: 1 Stimme

Der Bauausschuss beschließt die Vorlage mehrheitlich.

Beschluss:

1. Für zwischen dem Vorwerker Friedhof, der Friedhofsallee und der Paul-Gerhardt-Schule bzw. der Kleingartenanlage im Stadtteil St. Lorenz Nord gelegenen und im beiliegenden Übersichtsplan (Anlage 1) dargestellten Bereich wird der Bebauungsplan 24.08.00 – Friedhofsallee / Ehemalige Stadtgärtnerei - aufgestellt.

Der Flächennutzungsplan der Hansestadt Lübeck wird für den Teilbereich „Ehemalige Stadtgärtnerei“ (Teil des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes 24.08.00) im Parallelverfahren nach § 8 Abs. 3 BauGB geändert (126. Änderung).

Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes und der Änderung des Flächennutzungsplanes sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Entwicklung eines Wohngebietes mit i.W. Einzel-, Doppel- und Reihenhäusern geschaffen werden. *(Hinweis: Zu den sonstigen Zielen der Planung siehe Pkt. 4 der beiliegenden Begründung.)*

2. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.
3. Die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit mit der Erörterung über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB soll in Form einer Erörterungsveranstaltung sowie eines zweiwöchigen Aushanges durchgeführt werden.
4. Die frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs.1 BauGB einschließlich der Aufforderung zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung soll erfolgen.

TOP 3 Sonstige Beschlussvorlagen**TOP 3.1 Instandsetzung von Straßen durch das DSK-Verfahren in der Hansestadt Lübeck 2016 (5.660)
Vorlage: VO/2016/03392**

Herr Prieur möchte wissen, ob die vom Westpreußenring in Kücknitz abgehenden öffentlichen Stichstraßen, die auch in einem desolaten Zustand seien sollen, auch mit Instand gesetzt würden.

Herr Drever sagt zu, dies aufzunehmen und zu prüfen.

Nachträgliche Anmerkung zur Niederschrift:

Die Prüfung hat ergeben, dass die hier angesprochenen Stichstraßen nicht im Maßnahmenpaket enthalten sind.

Hier werden vordringlich die Straßen mit übergeordneter Bedeutung instandgesetzt. Hierzu zählt auch der Westpreußenring als Sammelstraße. Zudem ergeben sich für die angesprochenen Stichstraßen in etwa die gleiche Länge und die Hälfte der Fläche wie bei der Hauptstraße. Diese Mengen sind derzeit aus Mengen- und Kostengründen nicht berücksichtigt.

Herr Pluschkell sieht es als nicht notwendig und sinnvoll an, die beiden in der Vorlage aufgeführten Waldwege (Waldhusener Weg und Am Rugenberg) mit diesem Verfahren zu sanieren. Seiner Meinung nach werde dadurch u.a. auch die Zuwegung nach Sereetz gefördert, **die für die Hansestadt Lübeck keinen Nutzen habe (Änderung gemäß der Bauausschusssitzung vom 18.04.2016).**

Herr Pluschkell stellt folgenden Antrag:

„Die beiden Straßen „Waldhusener Weg“ und „Am Rugenberg“ werden aus der Liste in der Vorlage herausgenommen.“

Herr Drever erläutert, dass ansonsten erhebliche weitere Kosten in die Ausbesserung dieser Straßen zu stecken seine, da der Sicherheitsaspekt auch nicht außer Acht gelassen werden dürfe.

Herr Pluschkell führt aus, dass man davon abkommen müsse, dauerhaft Wald- und Feldwege zu sanieren, er schlägt vor, auf die Straßenschäden mit einem Schild hinzuweisen.

Herr Lötsch möchte wissen ob die kalkulierten 1,3 Mio. Euro für alle in der Vorlage aufgeführten Straßen ausreichen.

Herr Drever erklärt, dass es sich hierbei um eine Sammelausschreibung handele, bei der die Quadratmeter oder die Strecke der Straße vorgegeben werden.

Herr Lötsch möchte weiter wissen, ob bei der Vergabe die Straße konkret genannt werden müsse und ob der Waldhusener Weg auch komplett saniert werden solle.

Herr Drever führt aus, dass der Waldhusener Weg komplett von der K20 bis nach Sereetz instandgesetzt werden müsse.

Herr Quirder regt an den Schwarzmühlenweg in Schlutup mit bei den Straßen aufzunehmen, da sich dieser in einem sehr desolaten Zustand befände.

Herr Prieur erläutert, dass man sich in der Vergangenheit immer darauf verlassen habe, was die Verwaltung vorgeschlagen habe und man damit auch gut gefahren sei. Seiner Meinung nach solle man auch hier auf die fachlichen Vorschläge der Verwaltung vertrauen.

Herr Rosenbohm sieht die Instandsetzung von Straßen durch das DSK-Verfahren nur als eine aufschiebende Sanierung an, die im Durchschnitt zwischen fünf bis acht Jahren vorhalte. Er möchte wissen, von welchen Kosten man pro Quadratmeter ausgehen müsse.

Frau Maurer erläutert, dass man hier 15 Euro pro Quadratmeter berechne.

Herr Rosenbohm erklärt weiter, dass sich dieses Verfahren nur bei Straßen mit einer geringen Verkehrsbelastung eigne und er sieht deshalb die Straße Beckergrube hierbei als fehl am Platz an.

Herr Drever führt aus, dass eigentlich eine grundhafte Sanierung der Beckergrube durchgeführt werden müsse, diese aber zu kostspielig sei und im Übrigen – früher oder

später – ein stadtgestalterischer Umbau analog anderer Altstadtstraßen anstünde. Dann sei bei einer grundhaften Sanierung heute bereits viel Geld ausgegeben worden, welches später fehle. Mit der jetzt angedachten DSK-Sanierung werden die offenkundigen Risse geschlossen und damit etwas für den Gebrauchswert der Straße getan.

Frau Olivia Kempke (Lübeck-Management), der vom Bauausschuss einstimmig Rederecht eingeräumt wurde, moniert, dass es in der Vergangenheit teilweise erst spät Informationen für die betroffenen Anwohner oder Firmen gegeben habe und ob man bei dieser Ausschreibung auf eine Informationsfrist mit längerem Vorlauf bestehen könne.

Herr Drever bestätigt, dass dies machbar sei. Die Einteilung der Straßen sei zwar eine Aufgabe der durchführenden Firma, aber es werde Presseinformationen in Absprache mit dem Bereich Stadtgrün und Verkehr geben. Allerdings seien die Baumaßnahmen auch von der Witterung abhängig.

Herr Stolzenberg möchte wissen, ob es bei den Straßen eine Prioritätenliste gäbe, nach der eine Abarbeitung erfolge, wenn die kalkulierten Kosten nicht ausreichen würden.

Herr Drever führt aus, dass die Kosten nach heutigem Stand dafür ausreichen würden, um alle erfassten Straßen abzuarbeiten. Im Übrigen seien alle Straßen gleichprioritär.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag von Herrn Pluschkell abstimmen („**Die beiden Straßen „Waldhusener Weg“ und „Am Rugenberg“ werden aus der Liste in der Vorlage herausgenommen.**“)

Abstimmungsergebnis:

Für den Antrag von Herrn Pluschkell:	4 Stimmen
Gegen den Antrag von Herrn Pluschkell:	11 Stimmen

Der Bauausschuss lehnt den Antrag von Herrn Pluschkell mehrheitlich ab.

Der Vorsitzende lässt über die unveränderte Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für die Vorlage:	14 Stimmen
Enthaltung:	1 Stimme

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Beschluss:

Mit der Instandsetzung der in der Begründung aufgeführten Straßen durch das DSK-Verfahren wird begonnen.

**TOP 3.2 Grundhafte Sanierung der K20 "Travemünder Landstraße" in der Hansestadt Lübeck (5.660)
Vorlage: VO/2016/03395**

Herr Rosenbohm möchte wissen, wie die Straße, im Bezug auf den Unterbau, vorher ausgesehen habe, ob dieser nicht in Ordnung gewesen sei oder gar nicht vorhanden.

Herr Drever erläutert, dass Bodenproben entnommen worden seien und festgestellt wurde, dass der momentane Unterbau nicht den heutigen Richtlinien entspreche.

Herr Dr. Klotz ergänzt, dass die genaue Situation des Unterbaus dieser Straße nicht bekannt sei, aber durch die große Belastung mit starkem Schwerverkehr eine grundhafte Sanierung

unumgänglich sei und man anschließend für mindestens 40 Jahre hoffentlich wieder Ruhe habe.

Frau Friedrichsen möchte wissen, welchen Durchschnittswert eine grundhafte Sanierung pro Quadratmeter kosten würde, was Herr Dr. Klotz ihr erläutert.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für die Vorlage: 15Stimmen

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Beschluss:

Mit der grundhaften Sanierung der K20 „Travemünder Landstraße“ wird begonnen.

TOP 4 Mitteilungen und Berichte

TOP 4.1 Mitteilungen des Vorsitzenden

TOP 4.2 Sonstige Mitteilungen und Berichte

**TOP 4.2.1 Mündliche Mitteilung (5.651):
Bauunterhaltung Mittelverwendung 2016 / Schultoilettensanierung**

Herr Bunk erläutert den aktuellen Sachstand im Bezug auf die Schultoilettensanierung (siehe Anlage).

Frau Friedrichsen möchte wissen, um welchen Standort es sich bei der in der Tabelle befindlichen Schule (Willy-Brandt Schule – Rang 10) handele.

Nachtrag zur Niederschrift: Es handelt sich hierbei um den Standort Schlutuper Kirchstraße 10

Herr Ramcke möchte wissen, ob versucht werde, die Baumaßnahmen zu bündeln.

Herr Bunk erläutert, dass dieses Vorgehen das grundsätzliche Ziel sei, sofern dies erforderlich, wirtschaftlich und zweckmäßig sei. Im Fall der GGS Julius Leber sei es so, dass neben der vorgesehenen Toilettensanierung auch noch zahlreiche andere Bauschäden an diesem Standort behoben werden müssen. Daher sei es sinnvoll, die Toilettensanierung nicht in 2016, sondern im Zuge einer Gesamtplanung und Sanierung des Gebäudes durchzuführen (als investive Maßnahmen). Auch würden dadurch die Störungen des

schulischen Betriebs geringer sein, als wenn man über Jahre hinweg immer wieder Einzelmaßnahmen an und in dem Gebäude durchführe.

Frau Kaske möchte wissen, ob bei den Kosten von rund 1 Mio. Euro die einzelnen Spenden mit berücksichtigt seien, was Herr Bunk ihr anhand der Zahlen erläutert.

Herr Bunk ergänzt abschließend, dass es eine Abarbeitung nach den fachlichen Notwendigkeiten in der Prioritätenliste gäbe.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen:

Nein-Stimmen:

Enthaltungen:

TOP 4.2.2 Mündliche Mitteilung / Bericht (5.660): Infrastrukturbaumaßnahmen 2016

Herr Dr. Klotz erläutert die umverteilten Unterlagen.

Herr Dr. Brock möchte wissen, warum man erst so spät mit den Maßnahmen beginne und nicht das eventuelle gute Wetter im April schon ausnutze.

Herr Dr. Klotz erklärt, dass dies mit der Freigabe des Haushalts durch das Land zusammenhänge. Im Übrigen sei man in der Verwaltung froh, dass in den letzten Jahren die Haushaltsberatungen schon regelmäßig im November erfolgt seien, so dass die Maßnahmen in der Jahresmitte starten könnten. Früher seien nach der Genehmigung häufig erst im Herbst mit den Baumaßnahmen begonnen worden.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 4.2.3 Mündliche Mitteilung (5.660): Klimabäume

Herr Dr. Klotz erläutert, dass der Bereich Stadtgrün und Verkehr für das anstehende Projekt „Bäume in veränderten Rahmenbedingungen“ folgende Standorte gewählt habe:

~~35~~ **30** (*Änderung gemäß der Bauausschusssitzung vom 18.04.2016*) Bäume auf den Mittelstreifen des St.-Jürgen-Ring zwischen Ratzeburger Allee und Kronsfordter Allee.

Die weiteren 65 Bäume verteilen sich auf die Straßenzüge Geniner Straße, Am Klosterhof, Fabrikstraße, Hansering, Am Retteich und Hermann-Lange-Straße.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Brock erläutert Herr Dr. Klotz die geplanten Baumarten, die auch der Niederschrift in einer Auflistung zur Verfügung gestellt werden (siehe Anlage).

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen:

Nein-Stimmen:

Enthaltungen:

**TOP 4.2.4 Mündlicher Bericht (5.660):
Aktueller Stand - Baumaßnahmen Possehlbrücke**

Herr Dr. Klotz verweist auf die unverteiltere Pressemitteilung und erläutert diese in Teilen.

Herr Dr. Klotz führt aus, dass man versuchen werde, die derzeitige Bauverzögerung von rund 20 Wochen wieder aufzuholen bzw. zu reduzieren. Sicher sein könne man nach derzeitigem Kenntnisstand darüber aber nicht.

Herr Lötsch möchte wissen, ob andere geplante Brückenbaumaßnahmen mit dieser Verzögerung kollidieren würden.

Herr Dr. Klotz erklärt, dass momentan das Planfeststellungsverfahren mit der Bahnhofsbrücke laufe und es hier auch zu Verzögerungen kommen könne, so dass es keine oder nur geringe Überschneidungen beider Maßnahmen geben werde.

Die mit der DB-AG abgestimmten Sperrpausen für 2017 und 2018 müssten nur um Sperrpausen bis 2020 erweitert werden, so dass die Bahnhofsbrücke später beginnen würde.

In der Planung sei eine Fertigstellung der Possehlbrücke aus heutiger Sicht für Ende 2017, so dass 2018 mit dem Umbau der Bahnhofsbrücke begonnen werden könne.

Herr Quirder möchte wissen, ob man eine Aussage bezüglich einer Kostensteigerung bei der Possehlbrücke tätigen könne.

Herr Dr. Klotz erläutert, dass man dies zum momentanen Zeitpunkt nicht sagen könne, aber jegliche Zeitverzögerung zu Mehrkosten führen würde. Im Übrigen seien Baubehinderungen oft mit technischen Zusatz- oder Nachtragsleistungen verbunden, die meist zusätzlich zu bezahlen seien. Für die bisher von der Baufirma vorgelegten Unterlagen gebe es aber noch keine belastbaren Kostendarstellungen.

Herr Ramcke hinterfragt, ob es einen Puffer beim Gesamtbudget bei der Possehlbrücke gäbe.

Herr Dr. Klotz führt aus, dass die damalige Kalkulation und die Vergabesumme nahezu identisch gewesen seien und es daher keinen Puffer gäbe.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

**TOP 4.2.5 Mündliche Mitteilung (FBL):
Sachstand Vermarktung Gründungsquartier**

Herr Senator Boden führt aus, dass die Broschüren zur Vermarktung des Gründungsquartiers den Bauausschussmitgliedern zugesandt bzw. am 21.03.2016 als Tischvorlage zur Verfügung gestellt werden.

Bezüglich des ersten Bauabschnittes gibt Herr Senator Boden folgende Fakten bekannt:

Das Ende der Bewerbungsfrist für die ersten 19 Baugrundstücke ist erreicht und es werden nun Gespräche geführt und anschließend eine Entscheidung getroffen.

Es gab deutlich mehr Bewerbungen als Grundstücke, überwiegend von Lübecker Bewerbern.

Der vom Gutachterausschuss festgelegte Verkaufspreis hat bei den Bewerbungen keine einschränkende Rolle gespielt.

Für die vier Einfamilienhausgrundstücke gab es 10 Bewerbungen – davon vier Lübecker.

Für die neun Mehrfamilienhausgrundstücke gab es 19 Bewerbungen – davon 12 Lübecker.

Für die sechs Baugemeinschaftsgrundstücke gab es sieben Bewerbungen – alles Lübecker.

Bis auf ein Grundstück können alle Grundstücke in der Braunstraße und in der Alfstraße anhand gegeben werden.

Für das Grundstück Braunstraße 18 fand sich bislang kein Bewerber, es wird zunächst einmal für die Baulogistik freigehalten und im Rahmen der nächsten Grundstücksausschreibung nochmals angeboten.

Herr Ramcke möchte wissen, wann die Bodenplatten verbracht werden.

Herr Senator Boden erläutert, dass diese als Vorleistung von der Hansestadt Lübeck eingebaut werden, sobald das Wetter dies zulasse.

Herr Quirder stellt fest, dass alle den richtigen Weg eingeschlagen haben, was anhand des guten Vermarktungsergebnisses bestätigt werde.

Frau Friedrichsen möchte wissen, ob u.a. das Personal für die zu erbringenden Serviceleistungen von der Hansestadt Lübeck bezahlt werde, was Herr Senator Boden ihr bestätigt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 4.2.6 Mündliche Mitteilung (5.691): Beginn der Ausschreibung - Hafenmeisterhaus am Passathafen

Herr Wiese teilt mit, dass der Bereich 5.691 nun die Ausschreibung zum Bau des Hafenmeisterhauses am Passathafen veröffentliche.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 4.3 Berichte über Verlauf und Ergebnis von Öffentlichkeitsbeteiligungen

TOP 4.4 Eilentscheidungen des Bürgermeisters

**5.1.1 Rollstuhlgerechte Toilette in der Innenstadt / Motel One (Frau Bade / Herr Löttsch) (5.610 / EBL)
(TOP 5.2.3 am 01.02.2016)**

Frau Bade führt aus, dass sie mit Erschrecken die Nachricht in den "LN" gelesen habe, dass die Toilette am Markt ersatzlos abgerissen wird.

Das Projekt der "netten Toilette", das schon seit einigen Jahren läuft, soll wieder aufgegriffen und erweitert werden. Die Gaststätten kommen hier zum Einsatz, wenn die Geschäfte geschlossen haben, also abends und an den Wochenenden und den Feiertagen. Die wenigsten Gaststätten haben allerdings barrierefreie Toiletten, d. h. die Menschen mit mobilen Behinderungen finden für sich gar keine Möglichkeiten. Frau Bade fordert die Hansestadt Lübeck auf, für den Zeitpunkt des Baus von Motel One eine barrierefreie mobile Toilettenanlage im Umfeld des Marktes aufgestellt haben.

Herr Löttsch möchte in diesem Zusammenhang wissen, wie die momentane Terminplanung im Zusammenhang mit dem Bau des Motel One aussehe und ob es alternative Pläne gäbe, in der Nähe des Motel One ein behindertengerechtes WC aufzustellen.

Zwischenantwort:

Herr Senator Boden sagt zu, diese Anfrage zur Beantwortung zuständigkeitshalber an die EBL weiterzureichen.

Abschließende Antwort seitens der EBL:

Die EBL bemüht sich seit geraumer Zeit einen Standort für eine Übergangslösung zu finden. Mittel sind im Wirtschaftsplan 2016 vorhanden.

Eine Wiedereröffnung der ehemaligen Behindertentoilette im Kanzleigebäude ist nicht möglich, da dieser Raum zurückgebaut wurde und aktuell von der KWL den Mietern des Gebäudes als Aufbewahrungsraum für Abfälle zur Verfügung gestellt wird.

Der Gedanke an die Toilette im Rathaus wurde wieder aufgegeben. Auf Grund der Flügeltüren ist sie nicht barrierefrei.

Selbstverständlich ist uns die Notwendigkeit eines barrierefreien Zugangs bewusst. Die „Nette Toilette“ im Motel One wird diesen Anforderungen genügen. Die Herausforderungen bestehen aktuell in der Schaffung einer Übergangslösung, an der wir mit Hochdruck arbeiten.

Ergänzende abschließende Antwort der Stadtplanung:

Die Bereitstellung zusätzlicher Toiletten für die Öffentlichkeit ist mit den Betreibern das Hotels Motel One vertraglich vereinbart worden. Die Vereinbarung beinhaltet, dass die Toiletten durchgehend von montags bis sonntags von 8.00 bis 24.00 Uhr zur Verfügung stehen und barrierefrei zugänglich sind.

Die momentane Zeitplanung von Motel One geht von einer Bauzeit von rund 18 Monaten aus. Davor laufen die archäologischen Grabungen (ab April 2016 für maximal drei Monate). Das heißt, dass mit einem Abschluss der Baumaßnahmen zu Beginn des Jahres 2018 gerechnet wird.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.1.2 Minigolfplatz in Eichholz (Frau Kaske) (5.660) (TOP 5.2.5 am 15.02.2016)

Frau Kaske spricht den kürzlich in Eichholz abgebauten Minigolfplatz (Behaimring) an und möchte hierzu wissen, was an der dortigen Stelle passieren sollte.

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Frage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Abschließende Antwort:

Die Minigolfanlage stand auf Fläche, die sich in Privateigentum und nicht in der Verantwortung des Bereiches Stadtgrün und Verkehr befindet. Über die zukünftige Nutzung liegen daher auch keine Informationen vor.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.1.3 Blumenkübel in der Mecklenburger Straße (Herr Quirder) (5.660) (TOP 5.2.2 am 07.12.2015)

Herr Quirder möchte wissen, wann die Blumenkübel in der Mecklenburger Straße in Schlutup wieder dort aufgestellt werde, da ohne diese Hindernisse im Verkehrsraum dort wieder deutlich schneller gefahren werde als 30 km/h.

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Frage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Abschließende Antwort:

In der 559. Sitzung des Arbeitskreises für Verkehrsfragen (AKV) am 2. Februar 2016 wurde dieses Thema eingehend beraten. Vereinbart wurde, dass die Abteilung 5.610.4 / Verkehrsplanung und die im Bereich 5.660 / Stadtgrün und Verkehr angesiedelte Straßenverkehrsbehörde gemeinsam mehrere Maßnahmen entwickeln, die die derzeit bestehende Beschränkung auf 30 km/h weiterhin ermöglichen. Auf Pflanzkübel oder Engstellen mit Leitmalen soll hierbei ausdrücklich verzichtet werden. Die Pflanzkübel zwischen Wesloer Straße und Hafeneinfahrt sollen nicht wieder aufgestellt werden. Im Abschnitt zwischen Palinger Weg und Ortsausfahrt nach Selmsdorf kann dieses wieder geschehen, falls eine ehrenamtliche Pflege der Kübel sichergestellt wird. Hierfür prüft derzeit der Gemeinnützige Verein Schlutup die Übernahme der Pflege.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.1.4 Peter-Josef-Lenné (Herr Ramcke) (5.660) (TOP 5.2.4 am 01.02.2016)

Herr Ramcke möchte wissen, ob anlässlich des 150. Todestages von Peter-Josef-Lenné (gest. 23.01.1866), der u.a in Lübeck die Wallanlagen mitgestaltet habe, eine Ehrung in Lübeck geplant sei.

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Frage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Abschließende Antwort:

Von Seiten des Bereiches Stadtgrün und Verkehr sind keine Ehrungen geplant.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

**5.1.5 Kunstrasenplatz Travemünde (Herr Prieur) (5.660)
(TOP 5.2.4 am 15.02.2016)**

Herr Prieur hätte gerne die fachtechnische Prüfung des Kunstrasenplatzes in Travemünde und ob der nun zur Verfügung gestellt werden könne.

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Frage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Abschließende Antwort:

Der Bereich 5.660 Stadtgrün und Verkehr hat die fachtechnische Prüfung des Kunstrasenplatzes Rugwisch / Travemünde in seiner Funktion als fachlicher Dienstleister für den Bereich 4.401 Schule und Sport erstellt, welcher für das Thema „Sportförderrichtlinien“ verantwortlich ist. Auf Nachfrage an den Bereich Schule und Sport wurde mitgeteilt, dass dieser zurzeit einen umfassenden Bericht zur angesprochenen Thematik für den Schul- und Sportausschuss am 21.04.2016 vorbereitet. In diesem Zuge wird Herr Prieur als Ausschussmitglied informiert.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

**5.1.6 Ortswechsel – Perspektive Innenstadt Lübeck (Herr Ramcke) (5.610)
(TOP 5.2.2 am 15.02.2016)**

Laut einem Artikel auf der Homepage Hanse trifft Humboldt (<http://www.hanse-trifft-humboldt.de/index.php/ortswechsel-perspektive-innenstadt-luebeck>) hatte sich im vergangenen Jahr eine Initiative mit Beteiligung der FH Lübeck, Lübeck Management, Wissenschaftsmanagement Lübeck und der Bauverwaltung durch Herrn Karsten Schröder ergeben.

Aus diesem Artikel wird deutlich, dass ein Masterplan für die Innenstadt wünschenswert ist.

Meine Frage hierzu, in wie weit ist die Bauverwaltung nach Beginn der oben genannten Initiative bereits tätig geworden?

Liegt die Erstellung eines solchen Masterplans in der Aufgabe der Bauverwaltung und wenn ja meine Bitte an die Bauverwaltung dem Ausschuss einen Einblick in Ziele, Zeitpläne, Rahmenbedingungen und dem weiteren Vorgehen mitzuteilen.

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Frage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Abschließende Antwort:

Der Bereichsleiter Stadtplanung und Bauordnung ist zu der oben genannten Veranstaltung eingeladen worden, in der u. a. erörtert wurde, wie man eine Belebung und Attraktivierung der Lübecker Innenstadt erreichen könne. Dabei wurde auch die Idee zur Entwicklung einer konsensfähigen Zukunftsperspektive bzw. eines Bildes für die Innenstadt diskutiert. Das Veranstaltungsformat soll fortgesetzt werden. Dies beinhaltet aber noch keine Tätigkeiten zur Erarbeitung eines neuen Master- bzw.

Rahmenplans. Diese Planung ist Aufgabe der Bauverwaltung, kann derzeit aufgrund anderer dringlicher Projekte nicht aktiv betrieben werden. Es steht allerdings auf der Agenda des Bereiches Stadtplanung und Bauordnung hier planerisch tätig zu werden, sobald entsprechende Kapazitäten zur Verfügung stehen.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.1.7 Holstentor Gemeinschaftsschule (Herr Pluschkell) (5.651) (TOP 5.2.3 am 15.02.2016)

- 1.) Welche baulichen Maßnahmen sind an der Holstentor-Gemeinschaftsschule geplant für die Unterbringung von DAZ-Klassen und eventuell künftig auch anderer Schulklassen, die 1a.) Wiederherstellung der überdachten Fahrradabstellanlage, die Neugestaltung des Schulhofs und eine - ggf. mit der Schulhofgestaltung einhergehende - Regenentwässerung des Grundstücks?
- 2.) Wann wurden Teile des Schulhofs in Kfz-Stellplätze umgewandelt?
- 3.) War diese Einrichtung gemäß Stellplatzverordnung zwingend erforderlich?
- 4.) Wer nutzt diese Stellplätze?
- 5.) Wird für die Stellplatznutzung ein Entgelt erhoben wie es bei anderen städtischen Liegenschaften der Fall ist?

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Frage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Abschließende Antwort der Bereiche GMHL, Stadtgrün und Verkehr und Schule und Sport:

zu 1.

Im Rahmen der durchgeführten energetischen Sanierung der Holstentor-Gemeinschaftsschule wurden für den mittleren Baustrakt D und E nach dem vom Bereich Schule und Sport festgelegtem Raumprogramm ausreichend Ersatzneubauten geschaffen. Baustrakt D und E, bestehend aus 8 Klassenräumen, 2 Gruppenräumen und Toilettenanlagen, sollten als letzter Teilabschnitt des energetischen Gesamtkonzepts der in Abschnitten durchgeführten Sanierungsmaßnahme Anfang 2015 abgebrochen werden.

An einem Ortstermin am 20.07.2015 mit Frau Senatorin Weiher, dem Bereich Schule und Sport und dem GMHL, wurde vereinbart, den zum Abbruch vorgesehenen Trakt D zu erhalten und nur den Trakt E (Holzpavillion mit vier Klassenräumen) abzureißen. Die vier Klassenräume des Trakts D sollen durch den Einbau neuer Fenster und einen neuen Wandanstrich für Unterrichtszwecke der DaZ-Klassen ertüchtigt, die notwendige Alarmierungs- und der Blitzschutzanlage ergänzt werden.

Die Erhaltung auch des Trakts E wurde dem GMHL mit Schreiben des Bereichs Schule und Sport vom 15.10.2015 mitgeteilt, da dieser Trakt für zusätzliche Regelklassen der Holstentor-Gemeinschaftsschule genutzt werden soll.

Die Sanierung und weitere Herrichtung beider Trakte ist nicht vorgesehen, der Abbruch auf Wunsch des Bereichs Schule und Sport zunächst um zwei Jahre, aktuell um vier Jahre verschoben.

zu 1a.

Der Bereich Stadtgrün und Verkehr teilt zu dieser Teilfrage mit, dass ein Entwurf zur Neugestaltung des Schulhofes vorliegt. Dieser Entwurf, in dem auch die Sanierung der vorhandenen Asphaltflächen vorgesehen ist, basierte auf dem geplanten Abriss des gesamten Mitteltraktes (Trakt D und E) des Schulgebäudes.

Durch den Abriss der Gebäude entsteht eine zentrale, neue Fläche, in der unter anderem die Wegeführung neu geordnet und auch ein großer, neuer Fahrradstellplatz vorgesehen ist. Im Zuge der Ausführungsplanung muss die Grundstücksentwässerung angepasst werden.

Die im Rahmen der Außenanlagengestaltung vorgesehenen Maßnahmen können daher erst umgesetzt werden, nachdem der geplante Abbruch des Mitteltraktes D und E erfolgt ist.

Auch eine vorgezogene Sanierung der Asphaltflächen ist nicht möglich, bzw. sinnvoll, da diese Flächen bei einem späteren Abriss der Gebäude aufgrund des Schwerlastverkehrs zerstört werden würden.

zu 2.

Die Kfz-Stellplätze wurden Ende 2013 hergestellt. Federführend war hier der Bereich Stadtgrün und Verkehr.

zu 3.

Die Baugenehmigung der Sporthalle machte gemäß § 50 LBO zur Auflage, 24 Stellplätze für PKW herzustellen.

zu 4. und 5.

Der Bereich Schule und Sport teilt zu den Fragen 4 und 5 mit, dass an den Lübecker Schulen keine Entgelte für Schulparkplätze erhoben werden. Die Schulparkplätze werden von Lehrkräften und Besuchern der Schule, in den Abendstunden und an den Wochenenden auch von den Sportlern der Sporthalle genutzt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.1.8 Straßenunterhaltung in Kronsforde (Herr Stolzenberg) – 5.660

(TOP 5.2.9 am 18.01.2016)

(TOP 5.1.2 am 01.02.2016)

Herr Stolzenberg erklärt, dass ein Graben in Kronsforde auf einer Länge von rund 60m im Rahmen einer Verrohrung zugeschüttet wurde. Er möchte wissen ob hierfür eine naturschutzrechtliche Genehmigung notwendig sei.

Zwischenantwort am 18.01.2016

Es wird zugesagt, festzustellen, wer hierfür die Zuständigkeit trägt und dementsprechend für die Beantwortung zuständig sei.

Abschließende Antwort am 01.02.2016:

Die Frage ist an das zuständige Sachgebiet 5.660.5-3 „Verkehrsflächenbewirtschaftung West“ weitergeleitet worden. Von dort wird übermittelt, dass

- es in Kronsforde Straße „Altenfeld“ / Einmündung „Otternweg“ seit einigen Jahren Probleme zur Entwässerung der Verkehrsflächen gibt,
- dies einen ca.15 m langen Entwässerungsgraben betrifft, zu dem ein privater Anlieger die Bauverwaltung darauf hingewiesen hat, dass bei Regenereignissen der Graben einen hohen Wasserstand führt,
- dadurch die angrenzende Einfriedung des Anliegers statisch instabil wird und diese in den letzten Jahren öfters neu ausgerichtet werden musste,
- der Böschungsbereich im Radius Otternweg zudem ständig zerfahren war und sich dadurch eine Gefahrenstelle bildete, da die Böschung einen Winkel von ca. 60 Grad hatte und der Untergrund sehr weich und damit nicht befahrbar war.

Die Abteilung Flächenmanagement hat daraufhin entschieden, zunächst den Winkel der Böschung zu entschärfen, wodurch jedoch der Querschnitt des

Entwässerungsgrabens verringert wurde, was sich wiederum nicht positiv auf den Wasserdurchfluss ausgewirkt hat. Um das Problem endgültig zu beseitigen blieb dann nur noch die Möglichkeit der Grabenverrohrung. Hierzu ist anzumerken, dass der vorhandene Graben in Richtung eines offenen Gewässers verläuft und ein Teilstück dieses Grabens schon seit langem verrohrt war.

Das Material der – bestehenden – Verrohrung besteht aus Betonrohren mit einem Durchmesser von 30 cm. Wann diese Rohrverlegung erfolgte lässt sich leider nicht feststellen. Bei den jetzt durchgeführten Tiefbauarbeiten wurde festgestellt, dass der Auslauf im Otternweg 20 cm tiefer lag als der Zulauf in die alte Verrohrung, so dass dies wohl ursächlich für den Rückstau im Grabensystem war (falsche Gefälleneigung). Die Bauverwaltung hat deshalb die alte Verrohrung auf einer Länge von ca. 30 m mit aufgenommen, um einen Abfluss mit entsprechendem Gefälle zu gewährleisten. Es besteht jetzt auf der gesamten Länge über rund 45 m eine Verrohrung, die eine sichtbare Verbesserung der o.a. Situation bewirkt.

Erneute Nachfrage am 15.02.2016:

Herr Stolzenberg möchte bezüglich seiner beantworteten Anfrage unter TOP 5.1.2 (Seite 14/23) wissen, wie es sich in diesem Zusammenhang mit einer naturschutzrechtlichen Genehmigung verhalte.

Abschließende mündliche Antwort am 07.03.2016:

Herr Dr. Klotz teilt mit, dass die naturschutzrechtliche Genehmigung derzeit noch in Bearbeitung sei, aber sehr bald mit einem Ergebnis zu rechnen sei.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.1.9 Ersatzstellplätze Fahrradständer Stadthausgrundstück (Herr_Lötsch) – 5.610 (TOP 5.2.1 am 15.02.2016)

Herr Lötsch möchte wissen, wo Ersatzstellplätze für die auf dem Stadthausgrundstück demontierten Fahrradständer geschaffen werden.

Zwischenantwort am 15.02.2016:

Auf dem Grundstück des ehemaligen Stadthauses sind 24 Fahrradbügel entfallen. Während der Bauphase des Neubaus des Hotels sollen als Ersatz mobile Fahrradständer im Umfeld aufgestellt werden. Es wird geprüft, ob im Rahmen der Umgestaltung des Marienkirchhofs Ersatzstandorte für die Fahrradbügel im Bereich des Marienkirchhofs möglich sind.

Weitere Nachfrage am 15.02.2016:

Herr Lötsch möchte wissen, wann diese Aufstellung der mobilen Fahrradständer umgesetzt werden solle.

Zwischenantwort am 15.02.2016:

Es wird eine Beantwortung der Frage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Abschließende Antwort am 07.03.2016 als Nachtrag zur Niederschrift:

Die Fahrradabstellanlagen auf dem Markt werden im Frühjahr 2016 aufgestockt. Ob weitere Fahrradabstellanlagen auf dem Marienkirchhof installiert werden können, wird sich bei einem Ortstermin in der 11. Kalenderwoche entscheiden.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.1 Bornkamp Beleuchtung im Schärenweg und am Bahnhofpunkt (Herr Lötsch) – 5.660

Ende letzten Jahres fand in der Paul-Klee-Schule eine Infoveranstaltung zur geplanten Flüchtlingsunterkunft in der Siedlung Bornkamp statt. Akteure waren Herr Schindler, die Gemeindediakonie sowie die KWL als Dienstleister der Stadt für die Errichtung der Unterkunft.

Auf eine Frage bezüglich der Beleuchtung am Schärenweg und am Durchgang zum Bahnhofpunkt wurde die Auskunft gegeben, dass im Zusammenhang mit der Planung der Unterkunft auch ein Beleuchtungskonzept erstellt werden soll, das die Räume innerhalb und außerhalb der Unterkunft umfassen soll.

Wie ist der Sachstand?

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Frage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.2 Parkplatz Godewind (Herr Lötsch) – 5.610

Herr Lötsch möchte wissen, wie der Sachstand bezüglich der Ersatzstellplätze auf dem Parkplatz Godewind sei und wann dieser fertig gestellt werden.

Abschließende Antwort:

Der Parkplatz wird nach den Baumfällarbeiten bis zum Beginn der Bauarbeiten (voraussichtlich Mitte August 2016) wieder zur Verfügung gestellt. Eine Teilfläche wird - wie im B-Plan festgesetzt – dauerhaft als öffentliche Parkplatzanlage zur Verfügung stehen.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.3 Kirchplatz Kücknitz (Herr Prieur) – 5.660

Herr Prieur möchte wissen, ob es bereits eine Entscheidung gäbe, wann die neuen Bäume gepflanzt werden sollen.

Abschließende Antwort:

Frau Maurer erläutert, dass die Nachpflanzung dort bereits erfolgt sei, aus ihrer Sicht gebe es keinen weiteren Pflanzbedarf.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.4 Bewohnerparkplätze in der Dr.-Julius-Leber-Straße (Herr Ramcke) – 5.651

Herr Ramcke möchte wissen, ob es zwingend notwendig sei, so viele Bewohnerparkplätze in der Dr.-Julius-Leber-Straße für die Hochbauarbeiten beim Johanneum zu blockieren oder ob diese Blockierung nicht reduziert werden könnte.

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Frage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.5 Strandpromenade Travemünde - Zelt (Herr Howe) – FB 2 (2.830)

Herr Howe möchte wissen, ob das auf der Strandpromenade in Travemünde neben den genehmigten Imbisswagen aufgebaute weiße Zelt dort dauerhaft stehen bleiben solle.

Zwischenantwort:

Herr Senator Boden sagt eine Weiterleitung der Anfrage zuständigkeithalber an den Bereich 2.830 (Kurbetrieb Travemünde) zur Beantwortung zu.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.6 Strandpromenade Travemünde - Sitzplatzerweiterung (Herr Howe) – FB 2 (2.830)

Herr Howe teilt mit, dass auf der Strandpromenade in Travemünde jemand seinen Sitzplatz mit einem anderen Material – nicht Marmorsteinen - erweitert habe. Er möchte hierzu wissen, ob dies abgesprochen sei.

Zwischenantwort:

Herr Senator Boden möchte wissen, ob es dort eine genaue Adresse gäbe. Herr Howe sagt zu, die von ihm gemachte Fotografie an den FB5 weiterzuleiten. Erst nach Erhalt dieses Fotos ist eine weitere Bearbeitung dieser Anfrage zur Weiterleitung an den Kurbetrieb möglich.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.7 Parkhaus Wehdehof (Herr Howe) – 5.610

Herr Howe teilt mit, dass der Gestaltungsbeirat bei der Entwicklung des neu zu bauenden Parkhauses Wehdehof aktiv mitgearbeitet habe und nun habe er in dem Heft „Lübeckische Blätter“ gelesen, dass die Umsetzung in anderer Form geschehen soll, als u.a. vom Gestaltungsbeirat festgelegt.

Abschließende Antwort:

Herr Senator Boden teilt mit, dass dieser Artikel nicht unbedingt zielführend sei und es Veränderungen in Teilbereichen, z.B. im Bezug auf die Anzahl der Stellplätze gegeben habe.

Herr Senator Boden sagt zu, den Bauantrag in der kommenden Bauausschusssitzung am 21.03.2016 in nichtöffentlicher Sitzung vorzustellen.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.8 Errichtung eines Zaunes in der „Rose“ - Travemünde (Herr Schultz) – 5.610

Herr Schultz teil mit, dass in der Straße „Rose“ Haus Nummer 48 Ecke Mühlenberg in Travemünde auf dem Grundstück ein ca. 6,00 m hoher Zaun in Anthrazit errichtet wurde, hierzu möchte er wissen, ob es eine Genehmigung gäbe.

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.9 Unfall Hüntertorallee / Moltkestraße (Herr Pluschkell) – 5.610

Herr Pluschkell spricht den tödlichen Unfall eines Radfahrers vor rund einem Jahr im Kreuzungsbereich Hüntertorallee Ecke Moltkestraße an und möchte hierzu wissen, ob die Staatsanwaltschaft schon abschließend entschieden habe, so dass dieses Ergebnis im Bauausschuss vorgestellt werde und man ggf. weitere Maßnahmen ergreifen könne.

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.10 Müllentsorgung in Dänischburg (Herr Quirder) – 5.660

Herr Quirder spricht die im Februar 2016 an den Bereich Stadtgrün und Verkehr versandte Mail an, in der er Informationen bezüglich eines scheinbar illegalen Müllentsorgungsplatzes erbeten habe.

Abschließende Antwort:

Herr Dr. Klotz erklärt, dass es sich hierbei um eine Privatfläche handele, die von der Baufirma als Baustelleneinrichtungsfläche genutzt wurde. Hierzu habe die Firma wohl eine privatrechtliche Vereinbarung mit dem Eigentümer der Fläche abgeschlossen. Auch der dort befindliche Beleuchtungsmast sei nicht öffentlich.

Herr Dr. Klotz sagt zu, noch einmal bereichsintern zu klären, ob der Müll inzwischen entfernt wurde.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.11 Containerstandort Charlottenstraße (Herr Quirder) – 5.660

Herr Quirder spricht die, an ihn von den Anwohnern der Charlottenstraße / Kastorpstraße herangetragenen, immer wieder vorkommenden Lärmbelästigungen in den Abend- und Nachtstunden und an Sonn- und Feiertagen an und möchte hierzu wissen, ob eine Verlagerung dieser Container in Richtung Possehlbrücke / Ruderklub möglich sei.

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.12 Umbauarbeiten am Cafe Art (Herr Stüttgen) – 5.610

Herr Stüttgen möchte wissen, ob der Stadt Abbruch- oder Umbauarbeiten auf dem Hof des Cafe Art (Kapitelstraße / Pferdemarkt) bekannt seien und ob diese eventuell mit dem Denkmalschutz kollidieren könnten.

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.13 Schule Groß Steinrade (Herr Stolzenberg) – 5.651

Herr Stolzenberg möchte wissen, wie der Stand der Umbauarbeiten an der Schule Groß Steinrade sei.

Abschließende Antwort:

Herr Bunk erläutert, dass die von der Bürgerschaft beschlossenen Umbaumaßnahmen umgesetzt würden.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 5.3 Anträge

TOP 5.3.1 Unterkünfte für Geflüchtete bei allen Wohnungsbauvorhaben einplanen Überweisungsauftrag aus der Sitzung der Bürgerschaft am 28.01.2016 - Antrag Bündnis90/Die Grünen (VO/2015/03176) Vorlage: VO/2016/03429

Antrag:

Der Bürgermeister wird beauftragt, bei allen künftigen Bauvorhaben – auch in integrierten Stadtlagen – für Wohngebiete eine Größe ab 50 Wohneinheiten eine Gemeinschaftsunterbringung von Flüchtlingen vorzusehen.

Alle Wohnungsbauvorhaben sollen einen 30 Prozent Anteil sozialen Wohnungsbau vorsehen. Ein Teil der Wohnungen soll an Geflüchtete vermietet werden.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage / den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für die Vorlage / Antrag: 3 Stimmen

Gegen die Vorlage / Antrag: 12 Stimmen

Der Bauausschuss empfiehlt mehrheitlich die Vorlage / den Antrag abzulehnen.

TOP 5.3.2 Luxusbau stoppen - sozialen Wohnungsbau anfangen Überweisungsauftrag aus der Sitzung der Bürgerschaft am 28.01.2016 - Antrag der Fraktion Die LINKE (VO/2016/033369) Vorlage: VO/2016/03430

Antrag:

Alle Bauplanungen, die zum Ziel haben, hochpreisigen Wohnraum, sprich Luxuswohnungen zu entwickeln, werden beendet.

Stattdessen wird mit der Planung von günstigem Geschosswohnungsbau begonnen.

Zudem wird eine grundsätzliche Quote für alle zukünftigen Bauvorhaben von mindestens 30% für preisgebundenen Wohnraum festgelegt.

Ziel ist es, bis zum Jahr 2020 mindestens 5.000 zusätzliche günstige Wohnungen geschaffen zu haben.

Herr Stüttgen bittet um Vertagung des TOP, da er sich gerne in seiner Fraktion noch einmal beraten würde.

Herr Quirder führt aus, dass mit diesem Antrag die vorliegenden Planungen für die Nördliche Wallhalbinsel nicht umsetzbar wären.

Frau Kaske sieht mit dem Inhalt dieses Antrages zum Beispiel das Projekt „Soziale Stadt“ als nicht mehr umsetzbar an und möchte weiterhin wissen, ob der Antrag überhaupt rechtlich statthaft sei. Sie sieht den gesamten Inhalt als fraglich an.

Herr Howe ergänzt, dass die Bürgerschaft den 30%-Anteil an sozialen Wohnungsbau bereits in anderer Form beschlossen habe.

Herr Senator Boden sieht den Inhalt des Antrages als nicht gesetzeskonform und auch als nicht umsetzbar an, da u.a. auch nicht zu beziffern sei, wo die Grenzen liegen sollten.

Herr Lötsch sieht für die CDU-Fraktion keine Notwendigkeit einer Vertagung diese TOP, da der Antrag konkret formuliert sei.

Der Vorsitzende lässt über eine Vertagung der Vorlage / des Antrages abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für eine Vertagung: 8 Stimmen

Gegen eine Vertagung: 7 Stimmen

Der Bauausschuss vertagt die Vorlage / den Antrag mehrheitlich um eine Sitzung.

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung – nach Beendigung des öffentlichen Teils - zur Herstellung der Nichtöffentlichkeit (17:53 Uhr).

TOP 11 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Bauausschuss im nicht öffentlichen Teil Beschlüsse gefasst habe und beendet die Bauausschusssitzung um 18:50 Uhr.

Lübeck, den 20. April 2016

Vorsitz

Thomas Kaacksteen
Protokollführung